

Rechnung und Verwaltungsbericht 1996

Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 26.05.1997

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

In Anwesenheit des Finanzchefs, Herrn Stadtrat Christoph Luchsinger, und der einzelnen Stadträte, jeweils zu ihren Abteilungen, behandelte die Kommission die Vorlage 1373.

Es wird kein Antrag auf Nichteintreten gestellt, **Eintreten** erscheint somit stillschweigend **beschlossen**.

Die **Laufende Rechnung** schliesst bei einem Aufwand von Fr. 143 057 649.73 und einem Ertrag von Fr. 156 574 772.08 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 13 517 122.35 ab. Geprägt wurde das Rechnungsergebnis einerseits vom höheren Steuerertrag von Fr. 8 665 Mio. und andererseits von nicht realisierten Investitionen von über Fr. 11 Mio. Der Aufwand der Laufenden Rechnung liegt um Fr. 1,8 Mio. unter dem Voranschlag, obwohl der Beitrag an den Finanzausgleich rund Fr. 2 Mio. höher ist, als budgetiert. Die wesentlichen **Budgetunterschreitungen beim Aufwand** sind:

Mobilien, Fahrzeuge, EDV	-Fr. 393 000.-
baulicher Unterhalt	-Fr. 737 000.-
Abschreibungen.	-Fr. 1 329 000.-
Beiträge an Bund	-Fr. 426 000.-
Beiträge an Kanton	-Fr. 235 000.-

Mehrerträge ergaben sich bei:

Anlagen Finanzvermögen	Fr. 192 000.-
Ertrag Liegenschaften Verwaltungsvermögen	Fr. 926 000.-
Gebühren	Fr. 429 000.-
Benützungsgebühren	Fr. 775 000.-
Bussen	Fr. 224 000.-
Beiträge von Bund	Fr. 762 000.-
Beiträge von Kanton	Fr. 788 000.-

Eine Übersicht über den **Steuerertrag** zeigt, dass vom gesamten Mehrertrag von Fr. 8 664 Mio. Fr. 2 384 Mio. auf die natürlichen Personen und Fr. 3 766 Mio. auf die juristischen Personen entfallen. Bei den juristischen Personen ergab sich durch eine bei der Budgetierung noch nicht bekannte Praxisänderung ein Mehrertrag von rund Fr. 2 Mio. Die Grundstückgewinnsteuern liegen wider Erwarten um rund Fr. 2,2 Mio. über dem Voranschlag.

Bei der **Investitionstätigkeit** ergaben sich leider wiederum Verzögerungen. Wenn alle Investitionen vorgenommen worden wären, wäre das Ergebnis um rund 1,2 Mio. schlechter.

Bedingt durch den Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung und zufolge der reduzierten Investitionstätigkeit weist die **Bilanz** flüssige Mittel und Festgeldanlagen von rund Fr. 29 Mio. aus. Die Darlehensschulden bleiben unverändert, da es sich um längerfristige Geldaufnahmen handelt. Der durchschnittliche Zinssatz liegt bei 4,66%. Den mittel- und langfristigen Schulden von Fr. 41,65 Mio. steht ein Buchwert der Pflichtwohnungen von Fr. 53,81 Mio. gegenüber. Das heisst, die Geldaufnahmen mussten ausschliesslich für den Wohnungsbau vorgenommen werden. Beim Finanzvermögen sind rund Fr. 10 Mio. in Wasserwerkaktien angelegt. Daneben wurden Planungskosten für Pflichtwohnungen in der Höhe von Fr. 6,3 Mio. aktiviert. Diese müssen grösstenteils abgeschrieben werden. Die Liegenschaften des Finanzvermögens mit einem Buchwert von rund Fr. 45 Mio. werden zur Zeit neu bewertet. Bei einer allfälligen Bilanzbereinigung muss dem Grossen Gemeinderat Bericht und Antrag gestellt werden. Die finanzielle Situation der Stadt Zug kann nach wie vor als sehr gut bezeichnet werden. In der Bilanz sind keine *Eventualverpflichtungen* aufgeführt. Solche könnten aufgrund des Pensionskassenreglementes bestehen. Möglicherweise bestehen solche auch bei den Liegenschaften gegenüber dem WEG.

Seitens der **Rechnungsprüfungskommission** erteilt Herr Franz Dörflinger der Geschäftsprüfungskommission die gewünschten Auskünfte. Er erklärt, dass der Bericht der RPK in neuer Form erstellt wurde. Dabei wurde vom Grundsatz ausgegangen, dass Revisionsberichte sich auf das wesentliche beschränken sollen. Als grössere Pendeuz der RPK erwähnt er bei der Präsidialabteilung die dezentrale Verbuchung der EDV-Kosten («Niemand ist für die EDV verantwortlich»). Bei der Prüfung der Jahresrechnung 1996 wurde der Geldfluss bei den Parkingmeter-Einnahmen intensiv überprüft und in Ordnung befunden. Franz Dörflinger dankt allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung für die geleistete gute Arbeit.

Jede **Verwaltungsabteilung** wurde von einem GPK-Mitglied in bezug auf die Budgetabweichungen überprüft. Über das Ergebnis dieser Prüfung und die wichtigsten Punkte wurde im Beisein des jeweiligen Abteilungschefs orientiert. Die wesentlichsten Diskussionspunkte werden nachfolgend abteilungsweise aufgeführt.

Präsidialabteilung:

• Nach der Reduktion der *Honorare für Beratungen und Expertisen* auf Fr. 500 000.– durch den Grossen Gemeinderat wurden diese in der Präsidialabteilung zusammengefasst. Sie teilen sich wie folgt auf:

Präsidialabteilung (Pensionsordnung Stadtrat)	Fr.	46 000.–
Finanzabteilung (Überprüfung Finanzhaushalt)	Fr.	88 000.–
Bauabteilung (Studien, Bebauungspläne usw.)	Fr.	278 000.–
Sicherheitsabteilung (Friedhof-Neugestaltung)	Fr.	42 000.–
SGU-Abteilung (Tourenoptimierung)	Fr.	44 000.–

• Über das *Telefonieren* wird eine Weisung ausgearbeitet. Die Gesprächs-taxen werden überprüft.

- Abklärungen haben ergeben, dass bei der Stadt Zug bei Krankheit und unfallbedingtem Ausfall die *Lohnfortzahlung* während 30 Monaten, längstens jedoch bis zur Pensionierung erfolgt. Die Taggeldversicherung läuft vom 181.–720. Tag und deckt 80% des Lohnes ab. Das Personal leistet an diese Versicherung keine Beiträge. Stellvertretungskosten bis zum 180. Tag werden jeweils der Kostenart 300.02 belastet.
- Im Bericht sind die *Sitzungen des Büros* des Grossen Gemeinderates nicht aufgeführt. Dem Vernehmen nach hat das Büro 1996 eine Sitzung abgehalten.

Finanzabteilung:

- Bei den *Steuern der juristischen Personen* erhalten Firmen, die im ersten Semester des Jahres abschliessen, bereits im laufenden Jahr eine Steuerrechnung. Es handelt sich um eine Praxisänderung, die nicht budgetiert war.
- Bei den *Pflichtwohnungen* werden die Mietverträge für die Überbauung Herti noch den aktuellen WEG-Mietzinsen angepasst.
- Die *Personalkosten aller Abteilungen* sind gegenüber der Rechnung 1995 nochmals um durchschnittlich 7–8% angewachsen. Die Zusammensetzung der Zunahme soll der Geschäftsprüfungskommission vorgelegt werden (Teuerung, Stufenanpassungen, Beförderungen usw.)
- Die *Wasserwerkaktien* sind zu Ankaufswerten bilanziert und beinhalten deshalb grosse stille Reserven.
- Die *liquiden Mittel* der Stadt Zug sind auf verschiedene Banken verteilt. Es ist zu prüfen, ob mit einem Cash-Management, das jedoch nur mit einer Bank geführt werden kann, ein besserer Ertrag erzielt werden kann.
- Verschiedene *Verschiebungen bei den Investitionen* sind begründbar, zum Beispiel Seeufer, Sanierung Bauamt, Sanierung Werkhof. Teilweise wurden jedoch Projekte zu optimistisch in den Voranschlag aufgenommen. Ab 1997 wird eine rollende Investitionsplanung gemacht. Es fehlen bei der Investitionsrechnung kleinere Projekte, die als Ausgleich von verschobenen oder ausgefallenen Projekten realisiert werden können.

Schule:

- Bei der *Tagesschule* wird der Vollausbau ab Schuljahr 1997/98 erreicht. Dann kann ein Kostenvergleich mit den Aussagen in der damaligen Vorlage gemacht werden.
- Die *Integrationskurse* mussten temporär erhöht werden.
- Bei Vortragsübungen der *Musikschule* fallen Transportkosten durch den städtischen Werkhof an.
- Die sofortige Einrichtung einer Diebstahlsicherung bei der *Stadt- und Kantonsbibliothek* hat sich aufgedrängt.

Bauabteilung:

- Die Kosten für den *Baufachausschuss* sind um einen Drittel höher, da komplexere Baugesuche eingereicht wurden.
- Die Sanierung der Halle des *Zollhauses* hat Fr. 70 000.– gekostet.
- Das *Büromaterial* der Stadtverwaltung wird zentral eingekauft und verwaltet. Unter der Bauabteilung ist spezielles Büromaterial verbucht, das im Zentrallager nicht geführt wird.
- Die *Energiekosten* pro Objekt werden in einem Energiebericht zusammengefasst und nach den Sommerferien dem Grossen Gemeinderat unterbreitet. Alle wichtigen Objekte sind darin enthalten, auch das Hallenbad Herti.
- Die *Vakanz des Stadtarchitekten* hat zu zusätzlichen Beratungskosten geführt. Ein Architekt aus Zürich hat einen Tag pro Woche Baugesuche geprüft.

- Die *Vergabungspraxis* wurde am Beispiel Schulhaus Oberwil nachgeprüft und in Ordnung befunden.
- Bei der *Statistik über die Baugesuche* sollte eine Aufteilung zwischen grösseren und kleineren Gesuchen – je nach Bausumme – geprüft werden.

Sicherheitsabteilung:

- Bei der *Parkplatzbewirtschaftung* muss die Abgrenzung der Löhne zum Polizeidienst verbessert werden.
- Rund $\frac{1}{5}$ der *Bussen* sind auf Privatanzeigen zurückzuführen.
- Bei der Feuerschau wird eine Personalaufstockung notwendig, weil die Intervalle gemäss neuem Feuerschutzgesetz nicht mehr eingehalten werden können. Bei der Neuanstellung von Feuerschauern muss beachtet werden, dass diese exponiert sind. Die Stadt soll (auch) an der Front freundliches Personal einstellen.
- Die Erfahrungen nach dem Kommandantenwechsel bei der *Stadtpolizei* sind positiv. Im Korps ist Ruhe eingeleitet. Neue Probleme entstehen durch den Zwischenbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat.
- Das *Radwegproblem* im Bereich *Schützenmattwiese* und die Erstellung eines *Fussgängerstreifens* beim *Gutsch* an der Ägeristrasse müssen durch den Kanton gelöst werden. Die neue *Schwelle bei der Kantonsschule* wurde ebenfalls durch den Kanton veranlasst. In Stosszeiten besteht hier eine Konfliktsituation zwischen Radfahrern und Automobilisten.
- Unter dem Konto 525/434.03 wurden Fr. 50 000.– Einnahmen für Signalisation für *Privatparkplätze* budgetiert. Es erfolgten jedoch keine Aufträge. Logischerweise sollte dies auch zu einer Aufwandeinsparung geführt haben.

Sozial-, Gesundheits- und Umweltabteilung:

- Die *Aufwendungen* im Sozialbereich sind *sehr schwierig zu budgetieren*. Einzelne Beträge wurden nicht budgetiert, z. B. bei den Konti 625/461 und 660/315.01.
- Das *Abfallmerkblatt* für alle Haushaltungen konnte durch ZEBÄ günstiger gedruckt werden.
- Die Aufwendungen für die *Entsorgung* werden nur noch netto verbucht, da alle Ausgaben und Einnahmen über den Zweckverband ZEBÄ laufen. Die Nettoentsorgungskosten sind erfreulicherweise in den letzten Jahren rückläufig.
- Die Zahl der *Unterstützungsbedürftigen* steigt laufend an und wird in der SGU-Abteilung in bezug auf den Personalbestand Konsequenzen haben.

Generelle Überlegung zu Rechnung und Verwaltungsbericht: Die Vorlage ist sehr umfangreich und wird zudem an alle Haushaltungen verteilt. Es sollten Überlegungen angestellt werden, der Bevölkerung eine *konzentrierte Übersicht* über die Jahresrechnung vorzulegen.

In der **Schlussabstimmung** stimmt die GPK der Vorlage 1373 einstimmig, mit 7:0 Stimmen zu.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage 1373 einzutreten, und die Verwaltungsrechnung und den Bericht über das Jahr 1996 zu genehmigen.

für die Geschäftsprüfungskommission

Zug, 5. Juni 1997

Paul Tschudi, Präsident